

DEUTSCHE ARBEITERS-UND MÄRKE

ZEITUNG DER MÄRKE, SÄCHSE, AMTSLEHNER, LÜNDNER UND WEIBLICHEN

Darmstadt, den 28. Juli 1919

Ausgabe kostet die Ausgaben der Non-
partei 10 Pf. (bei Raum 10 Pf. 10 Pf.
Betr. 10 bis 20 Pf. einschließlich).
Verkaufsstellen sind 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

SECTION ÜBER UNSERE 16. GENERALVERSAMMLUNG IN WÜRZBURG.

Am Dienstag, 16. Juni fand in den schönen Räumen des Säumerhauses die Eröffnung der Generalversammlung durch den Vorsitzenden Kollegen Streine, statt. Zum zweiten Mal, als hätte es das reichen volk in der Kriegszeit zu einer Generalversammlung gewünscht. Der Krieg hat unsere Organisationen schwer belastet. Das Kriegsgewerbe gehörte nicht zur Kriegsindustrie, seine Lage war eine sehr niedrige geblieben. Das war deshalb für den Verband eine schwere Aufgabe, das bisher Erfüllte aufrechtzuhalten. Trotzdem gelang es unter Führung aller Kräfte, die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen fast einigermaßen außerordentlichen Entwicklungsbewegungen zuhalten. Das weitere freist es die Erschütterungen des Krieges auf die Arbeiterschaft. Gleichzeitig sind politische Errungenschaften von unserm Verband im allgemeinen festgehalten worden. Das soll auch im Zukunft so bleiben. Nahe 3000 Kollegen sind dem Kriege zum Opfer gefallen. Die Delegierten erhoben sich zu Ehren der Gefallenen von dem Kriegen. Von unsren ausländischen Brüderorganisationen sind als Vertreter erschienen Kollege Schubert, Wien, Kollege Paulsen, Kopenhagen und die Kollegen Baumann und Zientig aus Amsterdam. Als Vertreter der Generalkommission ist Genosse Böhlmann mit dabei.

Etwa vor 10 Jahren lagte dies unser Verband und seinem Brüderorganisationen vor einen erstaunlichen Nutzen und Vorteil beschrieben. Nachdem die militärische Entwicklung von den Ständen der Organisation überwunden, und besonders wieder über 37000 Mitglieder umfassende Generalversammlung also wieder auf ein Normale zurückgekehrt waren, soviel hofften, daß bald die Sitten in unseren Städten wieder aufgerichtet würden.

Generaldelegierter Kollege Deinrich, die Delegierten und Gäste im Namen der Würzburger Filiale. Er gab die Bedeutung der Generalversammlung 1916 in Würzburg, wozu von seiner Bedeutung für die Organisation, möge auch die (seit) die so hohe Aufgabe zu erledigen das gute Arbeit geleistet zum Wohle unserer Kollegen. Weißt du noch einen kurzen Rückblick von der Entwicklung der Filiale Würzburg seit 1909? Sie Filiale habe dem Kriege schwere Opfer bringen müssen, aber jetzt geht es von neuem voran; über 300 Kollegen seien wieder in der Organisation vereinigt. Mit dem Wunsche, daß die Beratungen sich auf dem Niveau, das einer freien Gewerkschaft richtig ist, bewegen, und die Beziehung zum Geist der Kollegenfreundschaft gereichen werden, schloß der Redner seine mit Weisheit aufgenommenen Aussprüchen.

Zur Fortsetzung des Gewerkschaftsberichts, Genosse Knappeck, begrüßte gleichfalls die Generalversammlung im Namen der Würzburger Arbeiterschaft. Er gab einige traurige Sätze von der Entwicklung der bisherigen Gewerkschaften. Langsam ging der Aufstieg vor sich, heute ist aber der Stand der organisierten Gewerkschaften höher als er 1914 war. Steigendes Bewußtsein das Werthaben der kleinen Arbeitermeister bei den Verhandlungen, die er vor einigen Tagen anzutreten hatte. Niemals hatte er geglaubt, daß heute noch ein so kleinerer Werk vorhanden wäre, wie er es da erlagte. Deshalb müssen wir als Arbeiter unsere ganze Kraft auf eigene Füße stellen. Keine Sozialisierung, kein Mutterfonds kann und darf geben, was uns eine feste, starke Gewerkschaft geben kann. (Beifall.)

Kollege Schubert, Wien, überbrachte die Grüße der österreichischen Brüderorganisation. Er dankte in kurzen Sätzen die Verhandlungen in Deutschland und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Geschäftsführer zum ersten der Kollegenfreundschaft aufzufallen wüden. Die österreichischen Kollegen werden sich bemühen, in ihren Organisationseinrichtungen sich denen der deutschen Brüderorganisation anzuschließen. Unsere Hauptaufgabe überall, sei der Stärkung und dem Aufbau unserer Berufsorganisation. Kollege Van Ring, Amsterdam, und Kollege Paulsen, Kopenhagen, richteten gleichfalls begrüßende Worte an die Delegierten und wünschten der Tagung guten Erfolg.

Es erfolgte darauf die Konstituierung der Verbandsleitung.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Kollegen Streine und Kübler; zu Schriftführern Schindler und Möhlein.

Der Antrag der Filiale Leipzig, einen Korreferenten zum Vorsitzenden zu stellen, ebenso der Antrag, daß nur Mandschinhaber Stimmrecht haben sollen, entgegen dem bisherigen Statut, wird nach längerer heftiger Diskussion ab-

gelehnt.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind einschließlich des Vorstandes und des Bevollmächtigten 77 Kollegen gewählt. Einzelne Vorschläge wurden für ungültig erklärt.

Zum Gewerkschaftsbericht des Vorstandes verweist Kollege Streine auf die vorliegenden Gewerkschaftsberichte der letzten 5 Jahre. Eingeblendet ist die Vorgänge innerhalb unseres Verbandes, nachdem der Krieg ausgebrochen war, und alle die eingeschlagenen Maßnahmen, die seitens des Vorstandes ergriffen worden waren. So manche Kollegen waren der Ansicht, daß der Verband nicht mehr nötig sei, nachdem sie lohnende Arbeit in der Kriegsindustrie gefunden. Über die meisten Kollegen haben doch die Erfahrung gewonnen, daß es auf die Dauer ohne Organisation nicht weitergehen kann.

Die fortwährende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Lebensmittel, zwang unsere Mitglieder, energisch auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse zu bringen. Ein fortwährender Kampf in den letzten 5 Jahren war es, den

unser Verband im Interesse der Kollegenfreundschaft führen mußte, sowohl auf dem Gebiete der Lohnverbesserung als auch auf dem des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Letztmal sind seit 1918 Sonderleistungszulagen im Kriegsgewerbe festgelegt worden und damit die Löhne im Durchschnitt um 300 vgt. gestiegen, trotzdem gesagt werden muß, daß seine gute Konjunktur in unserem Gewerbe vorhanden war und auch leicht infolge Materialmangels noch nicht ist. Auch in der Industrie hat sich während des Krieges auf die Lohnverhältnisse der Feuerungsbeamten einzuwirken. Die Kollegen, die bei unseren Kollegen in Gemeinschaft mit den übrigen Arbeitern geschossen errungen haben, sind sehr erfreulich. Des Weiteren befand sich der Redner die Arbeit mit den Arbeitgebern abends Friederaufbau und Hebung des Gewerbes, die vereinbarten Abschlüsse, die Erhöhung der Lohnverhältnisse, die Verteilung der Einkommen, die Erhöhung der Beschaffung von Arbeits-

gelegenheiten, Gewährung von Schwerarbeitszulagen, Befestigung der sozialen Erfahrungsmittel und vergleichen. Es ist nur möglich war, auch auf sozialpolitischem und wirtschaftlich-politischem Gebiete im Interesse unserer Mitglieder zu wirken, in es in weitgehendstem Maße gelungen. Unser Mitgliederverband ist auf diese gesunken, seit dem letzten Jahre ist nun ein Umdrehung eingetreten. Es geht wieder aufwärts. Der Vorstand glaubt in dieser schweren Zeit seine Pflicht getan zu haben, sowohl dadurch, daß er dazu beigetragen, den Verband hochzuhalten, als auch die Lebenshaltung der Kollegen zu fördern.

Zum Kassenbericht gab Kollege Wenckebach ein übersichtliches Bild von der finanziellen Entwicklung des Verbandes von 1914 bis 1918. Der große Rückgang der Mitglieder infolge Einberufung, Abwanderung in andere Berufe brachte selbstverständlich einen beträchtlichen Rückgang unserer Einnahmen. Es liegen Anträge vor auf Abbau des Unterstützungsbeitrags, und da ist es interessant, konstatieren zu müssen, daß die meisten Kriegsteilnehmer wieder ihre erhöhte Klasse weiter bezahlen, so daß der Zuwachs der Mitglieder in diesen Klassen recht erheblich ist. Die Gehälter der Angestellten haben einen großen Teil unserer Ausgaben, trotzdem sind die Löhne unserer Angestellten recht niedrig. Andere Anträge verlangen den Ertrag ihrer Schulden. Darauf kann die Hauptlast nicht eingehen. Die Filialen müssen versuchen, ihre Einnahmen so zu stellen, daß die Ausgaben und die Schulden damit gedeckt werden können. Es wird am besten sein, die Anträge dem Vorstand zur Beratung und dem Beirat zur Beschlusffassung zu unterbreiten. Redner wünscht, daß wir von dieser Generalversammlung nach Hause gehen mit der Absicht, den Verband so zu stärken, daß wir kampftüchtig bleiben.

Kollege Marckler führte zunächst aus, daß alle Beschwerden gegen den "Vereins-Anzeiger" darauf hinausgegangen sind, daß der Verband sehr zu Menschen übrig läßt. Darauf können wir aber leider nichts ändern. Die Verbindung mit unseren Kollegen im Felde war eine gute. Wir waren die ersten, die die Feldpost eingetichtet haben. Alle Artikel des "Vereins-Anzeigers" wurden von dem Standpunkt aus geschrieben, die Interessen der Kollegen zu wahren. Über die Redaktionsführung sind in den letzten 6 Jahren keine Beschwerden eingegangen, das beweist, daß die Kollegen nicht viel auszusehen haben. Wir waren weiter gekommen, wenn überall das Bestreben nach Einigkeit bei den Arbeitern vorhanden wäre. Auf sozialistischem Gebiete sollten wir massiv sein. In parteipolitischen Streitfragen wollen wir uns nicht einlassen. Bis 1918 waren wir doch in der Sache einige Sozialdemo-

kraten, erst während des Krieges kam die Trennung. Die Gewerkschaften sollen die Arbeiter zum Sozialismus erziehen, und das haben wir getan. Wie haben mit Freuden begrüßt, daß der politische Streit nicht in unsere Gewerkschaft hereingezogen wurde. Unser Verband hat sich trotz aller Erfahrungen des Krieges erhalten. Die Kollegen, die in der Heimat blieben, auch unsre gefallenen Angestellten, haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Dafür gebührt ihnen der Dank. Offene Meinung ist immer angebracht, und wenn man sich einmal gründlich die Meinung sagt, so soll man doch als Er und nachher auseinander gehen. Es ist eine Freude zu leben, wenn es vorwärts geht, aber wenn es drunter und drüber geht, ist es schwer, die Kollegen zum Gehalten zu bewegen. Die Kollegen haben uns vielfach verlassen gehabt, und erst jetzt nach der Revolution haben sie uns wieder gefunden. Wir wollen trotzdem auf unsere Erfolge und weiterbauen zum Wohle des Verbandes.

Kollege Meimann erläuterte abschließend den Bericht des Ausschusses. Er berichtet auf die Ausführungen im Jahresbericht. Der Ausschuss hat sich noch mit der Anstellung des Bevollmächtigten im 5. Bezirk beschäftigt und Kollegen Kort bestätigt. Die Beschwerden sind mit großer Sachlichkeit entschieden worden.

Kollege Streine kommt noch auf die Tätigkeit des Bevollmächtigten zu sprechen. Während des Krieges war der Betrieb zu 11 Sitzungen zusammengebrochen. Alle wichtigen Maßnahmen wurden ihm vorgelegt. Es ist kein Geschäft zusammengekommen, das der einen oder andern Partei aufgezwungen worden wäre. Besonders soll durch werben, daß bei wichtigen Fragen zwischen Angestellten und Nichtangestellten keine unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Der Bevollmächtigte hat sich während des Krieges gut bewährt.

Im Anschluß an diesen Bericht erfolgte eine rege Diskussion, die sich bis Mittwoch nachmittag hinzog. Hier stießen die Meinungen aufeinander, da die politischen Zustände und die einzelnen parteipolitischen Verhältnisse von den meisten Mitgliedern in die Debatte gezogen wurden. Zur Diskussion stand die Resolution, die von der Filiale Berlin als Antrag eingereicht war, die bekanntlich an den Maßnahmen der Generalkommission und der Generalvorstände der Gewerkschaften schwere Kritik übt.

Die Resolution der Berliner Kollegen wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Nach der Zahl der vertretenen Mitglieder waren 9748 Stimmen für und 19584 Stimmen dagegen. 20 Delegierte stimmten dafür, 84 dagegen.

Darauf gelangte nachstehende Entschließung gegen 18 Stimmen zur Annahme:

Die 16. Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Tätigkeit der Verbandsleitung seit der letzten Generalversammlung 1918 in Berlin, insbesondere von der auf der Grundlage der Verbandsstabsbeschlüsse erfolgten Lohn- und Tarifpolitik und von den auf sozialem und beruflichem Gebiete getroffenen Maßnahmen.

Sie stellt fest, daß die gegenwärtigen Lohnverhältnisse im Berufe den immer noch weitersteigenden Kosten der Lebenshaltung nicht gerecht werden. Die Generalversammlung erkennt jedoch an, daß die Verbandsleitung alles getan hat, die Löhne so günstig wie möglich zu gestalten. Wenn nicht mehr erreicht werden konnte, so lag es an dem vollständigen Verniederlegen unseres Gewerbes. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse erachtet daher die Generalversammlung der Verbandsleitung Entlastung.

Die Kriegspolitik der Generalkommission und der Verbandsvorstände wird von der Generalversammlung nicht in allen Teilen genehmigt. Sie nimmt jedoch an, daß diese Politik seitens von dem Bestreben getragen war, das Beste für die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft zu erreichen.

Die Zukunft der Arbeiterschaft erfordert zur Erhaltung ihrer Klassenlage und ihrer endgültigen Befreiung von der Ausbeutung und dem Druck des Kapitals ein einmütiges und geschlossenes Handeln.

Von dieser Erwägung ausgehend, hält die Generalversammlung die Einigung der Arbeiterschaft auf sozialistisch-revolutionärer Grundlage für eine dringende Notwendigkeit. Nicht Versplitterung, sondern Stärkung der Organisationen soll auch in Zukunft der Leitende Gedanke sein.

Die Generalversammlung beauftragt die Verbandsleitung, in Zukunft ihre Tätigkeit darauf einzustellen, die Interessen der Berufskollegen aller Branchen nach jeder Richtung hin ganz energetisch zu vertreten.

Die Fortsetzung des Berichts folgt in der nächsten Nummer.

Recht und Gewalt im Befreiungskampf.

Die Frage, welche Rolle das Recht und die Gewalt in dem Befreiungskampfe der Menschheit spielen und gespielt haben, ist eine vielumstrittene und ihre Beantwortung ist nicht leicht. Offenbar führt das moderne Proletariat seinen Kampf um die Befreiung aus wirtschaftlichem und geistigem Elend als einen Kampf ums Recht und unter dem Banner des Rechts. Wenn man einen denkenden Proletarier fragt, weshalb er kämpft, so antwortet er, daß er sich sein gutes Recht erlämpfen wolle, und wenn man ihn weiter fragt, auf welche Weise er kämpfe, so gibt er die Antwort, daß er die Anwendung gewaltfester Mittel grundsätzlich ablehne und sich auf den Boden des Rechts stelle. Er bestreitet allerdings nicht, daß unter Umständen ein gewaltsames Eingreifen in die Entwicklung der Dinge notwendig ist, wenn es nämlich gilt, den Widerstand rücksichtiger Elemente zu brechen und dem Neuen die Bahn freizumachen; als den regelmäßigen Gang der Entwicklung aber betrachtet er das Wasser des Rechts und der Gerechtigkeit. Das Proletariat hat von seinem großen Führer Marx gelernt, daß die Gewalt die Geburtseltern einer neuen Gesellschaftsordnung ist; es hat aber auch gelernt, daß die Gewaltwendung nur ein einzelner, vorübergehender Akt ist, während die durch einen Gewaltakt vollzogene Umwälzung mit dann von Dauer sein kann, wenn sie auf dem Boden des Rechts vertieft und ausgebaut wird und in gesetzähnliche Bahnen einlenkt. Aus diesem Grunde ist die überwiegende Mehrheit des deutschen Proletariats eifrig bemüht, die Errungenschaften der Revolution dadurch zu sichern und zu festigen, daß eine gesetzliche, verfassungsmäßige Grundlage für die neuen Zustände geschaffen wird. Nur eine kleine, aber lärrende Minderheit, die keine Ahnung hat von den Entwicklungsgesetzen und die weder etwas versteht von den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen noch von den Neugungen und Triebkräften der Volksseele, erblickt in der dauernden Anwendung der Gewalt ein revolutionäres Mittel. Zu ihrem eigenen Schaden wird sie aber bald erfahren müssen, daß dieser Glaube ein Wahnsinn ist und daß sie sich auf einem bösen Irrwege befindet.

Man hat die Entwicklung der Menschheit mit dem Wachsen und Reiswerden eines Lebewesens verglichen. Der befruchtete Keim eines Hühnchens im Ei wird allmählich reif und entwickelt sich zu einem Küchlein, das eines Tages gewaltsam die Schale des Eies zerbricht und als neues Lebewesen ins Dasein tritt. Ist dieser Gewaltakt vorüber, so setzt wieder die ruhige Entwicklung ein und das neugeborene Küchlein wächst zu einem gesunden Huhn oder Hahn heran, wenn sein Wachstum nicht durch äußere Eingriffe unterbrochen und gehindert wird. So verhält es sich auch mit der Entwicklung eines Volkes vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie dies die letzten Jahrzehnte deutlich gelehrt haben. Der Sozialismus war als Keim seit langem im Innern des Kapitalismus vorhanden, besonders war in Deutschland der sozialistische Gedanke in den weitesten Kreisen der Bevölkerung lebendig. Der Keim wuchs und entwickelte sich, und als er sich zu einem lebensfähigen Geblüte entwickelt hatte, sprengte er durch die Revolution seine Schale und trat als neue Weltordnung ins Leben. Allerdings ist die Neuordnung der Dinge noch nicht vollständig fertig, sie muß erst nach allen Richtungen hin ausgebaut werden, damit sie fest und gesichert dasseit. Dazu bedarf sie der Ruhe, der Stetigkeit und einer organischen Entwicklung; sie bedarf auch einer sorgsamen Pflege, die sie fördert und vor allen gewaltsamen Eingriffen bewahrt. Die Notwendigkeit einer ruhigen, ungehinderten, gesetzähnlichen Entwicklung der Dinge macht sich überall in Deutschland bemerkbar und aus der Empfindung heraus, daß nach der vollzogenen Revolution die Dinge wieder ihren ordnungsmäßigen Verlauf nehmen müssen, entsteht die Sehnsucht nach Ordnung und Regelung und der starke Wille, wieder gesetzliche Zustände zu schaffen und die Entwicklung wieder in ruhige Bahnen zu lenken. Es ist ein Naturgesetz, daß die Revolution als Gewaltakt nur ein einmaliger Eingriff sein darf, während die Entwicklung selbst, wenn sie von Dauer sein soll, sich nur allmählich von innen heraus vollziehen kann.

Die Erklärung für diese unbestreitbare Tatsache ist darin zu suchen, daß das menschliche Zusammenleben in seinen wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch auf inneren Gesetzen beruht, die sich nicht durch ein gewaltsames Eingreifen von außen verändern lassen. Es wird niemals, in keinem Volke der Erde, möglich sein, die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit Gewalt durchzuführen, und am allerwenigsten wird dies in Deutschland möglich sein. Ein hochentwickeltes Kulturboll wie das deutsche läßt sich nicht dauernd von einer Minderheit terrorisieren und unter der Fuchtel halten; seine ganze Natur empört sich dagegen, und je höher der Zwang und je ungerechter die Diktatur ist, desto entschiederer häuft es sich gegen seine Unterdrücker auf. Auf die Dauer muß jeder Terrorismus verlogen und sich gegen seine Urheber und Erwanderer schlagen. Das wird sich immer wieder be-

wahrheiten. Erst wenn die zügellosen Gewaltpolitiker verschwunden sein werden, kann der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft beginnen. Er wird sich vollziehen durch eine innere und äußere Umwandlung unseres gesamten Volkes auf dem Boden der Gesetze, unter dem Banner des Rechts.

F. L.

Massenquartiere?

Unser Volk muß den Leidensseich bis zur Meige seeren. Das drohende Gespenst einer Wohnungswut mit allen widerlichen Begleitern, wie Obdachlosigkeit, Wohnungsruher, Gefahr von epidemischen Krankheiten, tritt von Tag zu Tag immer näher. Eine Förderung erhält dieser Vorgang durch den übergroßen Mangel an Baumaterialien und übermäßige Verleinerung derselben. Kosten vor dem Krieg das Tausend Mauersteine (ab Lager in Berlin) M. 18, so beträgt jetzt der Preis M. 80 bis M. 100. In so ähnlicher Art haben alle übrigen Baumaterialien, wie Ziegel, Zement, Holz usw., eine Preiserhöhung erfahren. Auch der Baugrund und die Löhne sind bei der allgemeinen Preislösung nicht zurückgeblieben. Man wird zwar den Bauarbeitern das Zeugnis nicht versagen können, daß sich ihre Löhne zu den Steigerungen der Lebensmittelpreise noch in gemäßigten Grenzen bewegen. Jedoch welcher Unternehmer oder Privatmann wagt sich unter solchen Umständen zu bauen? Auch die Baugewaltlasse und Unterstützungen der Staats- und Gemeindebehörden mahnen zur Vorsicht und veranlassen die Bauteilnehmenden, sich eine Durchhaltung aufzuerlegen. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß durch die bedauerliche Freigabe von Dachgeschoss- und Kellerräumen zu Wohnungswüden sowie durch zwangsweise Teilung von größeren Wohnungen der Wohnungsbedarf zu decken wäre. Wie sehr die Wohnungswut steigt, ist aus der Nachfrage nach Wohnungen und der Wohnungssuche in den Zeitungen der Tagespresse zu erkennen, wo schon M. 200 bis M. 500 für den Nachweis einer Wohnung geboten werden. Wenn vereinzelt Gemeindebehörden sich schon jetzt die Extravaganz erlauben, sich durch Strafverboten gegen den Zugang von auswärts zu schützen, um dadurch der örtlichen Wohnungskatastrophe zu entgehen, so ist das ein Fehl und damit für die Allgemeinheit wenig erreicht. Die Anwendung solcher brutalen Gewaltmittel wird dadurch für andere Orte um so mehr zu einem Verhängnis.

Vor allem fehlen Kleintwohnungen mit 2 Zimmern und Küche sowie auch mit einer Stube, Kammer und Küche. Zu diesem Stand der Dinge hat man jetzt erst einmal die Frage zu prüfen, ob es durch den Bau von Kleinhäusern und Großwohngebäuden in kürzer Zeit möglich ist, den dringenden Wohnungsbedarf zu befriedigen. Bei einer solchen Überzeugung muß das verhindert werden. Solche Gebäude lassen sich nicht aus dem Boden stampfen. Bei aller sparsamen Bauweise und bei allen polizeilichen Baubedingungsbeschränkungen sollen doch keine Gebäude fertiggestellt werden, die für teures Geld durch Pfuscharbeit gleich den Stein des Fehls in sich tragen. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß bei einer jeden Siedlungsfertigstellung auch ein Trockenprozeß für den Rohbau und nach der Putzbeschaffung erforderlich ist. Diese Trockenzeiten sind in den einzelnen Orten oder Bundesstaaten nicht gleich und betragen oft bis 8 Wochen. Das sind nicht zu umgehende Maßnahmen; denn feuchte Wohnungen bilden eine ständige Gefahr von Krankheiten. Um einer katastrophalen Obdachlosigkeit für einen Teil der Bevölkerung vorbeugegen zu treten, wird man auch, wie im Jahre 1878, sofort zum leichten Bau von Notbehsen greifen müssen, und das sind Massenquartiere oder Wohnungsbaraden. Doch man in der Erwartung der Dinge sich schon regierungssichtig darauf eingereicht hat, ist aus dem Erlass betreffs Wohnungsverordnungen vom 8. Dezember 1918 des Staatskommissars für Wohnungswesen in Preußen zu erkennen, worin auch der Entwurf einer Polizeiverordnung betreffs Unterbringung von Arbeitern in Massenquartieren vorgesehen ist. Zu solchen Quartieren gehören: Arbeiterquartiere, Arbeiterkasernen, kleine für Arbeiter und Arbeiterinnen (§ 1), wobei auch die eventuelle Beherbergung von Familien mit in Betracht kommt (§ 8). Wie hieraus zu entnehmen, hat man für diese Wohnungsmöglichkeiten die Bezeichnung "Baraden" schamhaft — als unpopulär — vermieden, ohne von der technischen Form oder Ausgestaltung beachtenswert abzuweichen.

Wie die Entwicklung des Wohnungswesens des Menschen von der Zeit der Höhlenbewohner bis zur modernen Arbeiterwohnung und den komfortablen Räumen der bürgerlichen Kreise sich zeigt, so hat auch das Massenquartier oder die Wohnungsbarade eine Umgestaltung durchzumachen müssen. Wie geschicklich vorbereitet wird, sind Baraden aus Brettern, Zweigen, Laubwerk, Stroh usw. für bestehende, leichte, für momentanen Gebrauch ausgeführte Hütten oder Häuschen, besonders Feldhütten, schon bei den Römern gebräuchlich gewesen. Seit der französischen Revolution sind sie an Stelle der früheren gebräuchlichen Zelte in Standlagern getreten. Daher Baradenlager. In Festungen nennt man Baraden leicht gebaute Kasernen. Bei den amerikanischen und englischen Garnisonen soll die Kasernierung vielfach in Baradenlagern vor sich gehen. Baraden dienen heute als Unterkunftsräume für Truppen, für Arbeiter bei Fabriken, bei großen, abseits von Ortschaften durchzuführenden Tief- und Hochbauten sowie zur Unterbringung von Kranken (Hospital- oder Lazarettsbaraden) und zur Warenlagerung. Wie Lueger in seiner Arbeit "Das Krankenhaus" so interessant darzustellen weiß, sind schon Mitte des 18. Jahrhunderts in England einzelne zu einem Pavillon- oder Blocksystem zur Anwendung gekommen. Diese Entwicklung ist dann in Frankreich weiter gefördert, wobei auch die Erfahrungen, welche in dem nordamerikanischen Bürgerkriege 1862 und den darauf folgenden deutschen Kriegen (1864, 1866 und 1870/71) gemacht wurden, zur praktischen Verwertung kamen. Diese Lazarette bestanden in leichten, einförmigen, zerlegbaren Gebäuden mit je einem großen Saal zu 30 und mehr Betten und den nötigen Nebenräumen. Diese Hallen, wobei das Dach gleich die Raumdecke bildet, ermöglichen zur

Ventilation nach oben und sonst leicht eine Querlüftung. Man hat deshalb, um die erlangten Vorteile zu verhindern, versucht, nach diesem System solche Bauten zu verschiedenen Zwecken auszuführen. Die Wohnungsbarade ist ein Produkt dieser Entwicklung, wobei auch das Blocksystem (mit mehreren zusammenhängenden Gebäuden) zur Ausnutzung des in allerhöchster Nähe der Wohnungsbedürftigen Ortschaften zur Verfügung stehenden Terrains zur Anwendung gebracht werden kann.

In dem amtlichen Organ "Die wirtschaftliche Mobilisierung" vom 31. März dieses Jahres wird auf die zerlegbaren und transportablen Holzbauten als Baraden hingewiesen. Man röhrt diesen Bauten eine sehr lebensfähige nach. Demnach werden auch die neu gewordenen Militärlazarettsbaraden nach guter Desinfektion und zweckmäßigem Umbau zu Wohnräumen zu verwerten sein.

Bei den Wohnbaraden als Behelfs- oder Massenquartiere wird man zu unterscheiden haben zwischen der Unterbringung von Einzelpersonen und von Familien. Bei den Industrie- und Baubarden ist für die dort in Betracht kommenden familienfreien Personen die Trennung der Geschlechter durch besondere Wohngebäude streng durchgeführt. Diese "Lebigenheime" mit ihren herbergsmäßigen gemeinsamen Schlafräumen sind bei allen sonstigen Einnehmehäusern, wie billige Spelzverabfolgung, Bedegelegenheit, Dschaimmer usw., oft keine vorbildlichen Errichtungen. Dasselbe wird auch von den Wohnungsbaraden, wie sie im Laufe des Krieges für die Industrie entstanden und von Bauten mit großen Räumen, mögl. 80 bis 100 Personen zum Wohnen und Schlafen sehr leicht angebracht werden, zu sagen sein. Am allerwenigsten ist die Schlafgelegenheit mit zwei übereinander stehenden Betten zu empfehlen. Da den Räumen kann bei einer solchen Personenzahl in den Feierabendstunden eine Erholungsruhe nicht auskommen, auch die Nachtruhe ist dabei nicht gesichert. Die äußerst abgebrüten Nerven der Arbeiterschaft lassen solche Massenquartiere einfach nicht mehr zu. Im übrigen besteht hier bei allen Kleinleidenschaften die Gefahr der Ansteckung, wie Tuberkulose, Typhus usw. Daher ist eine bauliche Trennung dieser Räume bis zu gemeinsamen Wohnräumen bis zu höchstens 8 Personen notwendig. Der vorwähnte Regierungserlass vom 8. Dezember 1918 will diesen Zuständen entgegenwirken und bestimmt deshalb:

"Als Schlafräume dürfen nur geschlossene Räume dienen, die als solche baupolizeilich genehmigt sind. Diese Räume müssen für jede in ihnen untergebrachte Person mindestens 10 cbm Luftraum und 4 qm Bodenfläche bieten. Die Schlafräume dürfen nicht zugleich als Koch-, Eis- und Vorraumsäume benutzt werden. Außerdem müssen bei den Massenquartieren Krankenzimmer vorhanden sein."

Vergleichlich zu dem Entwurf einer Wohnungsbarmung zu demselben Erlass ist hier für die Massenquartiere der Luftraum von 20 auf 10 cbm und die Bodenfläche von 8 auf 4 qm, also um die Hälfte herabgezogen. Für diese Obdachlosenquartiere ist die folgende Bestimmung bestimmt:

"Die etwa vorhandenen Wohnräume müssen so eingerichtet sein, daß in der Regel für jede Familie ein besonders abfächbarer Raum vorhanden ist. Dieser Raum hat in seiner Größe und Beschaffenheit den obigen Vorschriften zu entsprechen."

In den einzelnen Industriebezirken und bei Einzelbetrieben sowie bei der Ausführung umfangreicher Hoch- und Liegenschaften sind schon vor dem Kriege mehr fortgeschritten Einrichtungen geschaffen worden. Massen- und Obdachlosenquartiere sollen aber nicht den Charakter der Wohnhafteinrichtungen der Unternehmer zur Geltung bringen, sondern durch den Staat und die Gemeinden auf einer gesetzlichen Grundlage geschaffen werden. Um das Ziel der Obdachlosen besonders zu erreichen, wird es daher die Aufgabe der Vertrauenspersonen sein müssen durch eine recht aufmerksame Kontrolle auf die sozialen, sanitären und fiktiven Einrichtungen dieser Wohnstätten zu achten, sowie was sonst als unzweckmäßig in Betracht kommt. In den Vorbergründen treten hierbei die Sicherheit, die Belebung und Nachgelegenheit, die Kosten und Wiederentwicklungen, die Absonderungen sowie auch die Vergnügungsmöglichkeiten und die Wohnpreise. Um hier etwas zu erreichen, sind nicht nur schöne und große Worte angebracht, sondern vor allem brauchen wir die praktische Arbeit und die Tat!

G. Heine

Bleimerkblatt für Ärzte.

Unter Mitwirkung von Dr. F. Gutschmann-Wolff und anderer Sachverständiger bearbeitet im Reichsge sundheitsamt.

Borkommen der gewerblichen Bleivergiftung: Mit Bleivergiftung ist bei jedem zu rechnen, den seine Beschäftigung mit metallischem Blei, mit Bleiaggregaten oder namentlich mit Bleiverbindungen (ausgenommen Bleiglas) oder mit Stoffen, welche Blei oder solche Bleiverbindungen enthalten, in Berührung bringt. Die Gefahr, an Bleivergiftung zu erkranken, ist um so größer, je leichter die in Betracht kommenden Bleiverbindungen in Wasser oder im Körper löslich sind.

Der Gefahr einer Bleivergiftung sind erfahrungsgemäß hauptsächlich ausgesetzt: die Arbeiter in Blei- und Zinkhütten, in Anlagen zur Herstellung von Bleiöfen und andern Bleiverbindungen, vor allem von Bleiweiß, Bleiglätte, Bleiringe, Chromgold, Bleizucker; die Arbeiter in Alkumalatorenfabriken, in Bleihandarbeiten, in Schrotgießereien, in keramischen Buntöpfereien, in Glasbehälterfabriken, in Tafelfabriken, in Installationsbetrieben, in Steinquarryfabriken und sonstigen keramischen Betrieben, in Buchdruckereien, die Maler, Abschleifer, Anstreicher und Lackierer, die Bleistöter, Bleimixer.

Disposition zur Bleivergiftung: Individuell verschieden; erhöht bei Jugendlichen und Frauen, bei schwachlichen oder frischen Personen (insbesondere bei Gefäß-, Nieren- und syphilitischen Erkrankungen), bei Trinkern.

Eingangspforte für Blei: Hauptfach der Verdauungsstrecke. Das Blei gelangt in den Körper zu-

zum von Staub oder mit den Nahrungs- und Genussmitteln, wenn diese mit bleibeschmutzten Händen angefaßt werden oder mit bleibeschmutzten Gegenständen in Verbindung gekommen sind.

Ausscheidung des Bleies aus dem Körper: Sehr langsam, hauptsächlich mit dem Stot und mit dem Harn.

Angriffspunkte des Bleies im Körper: Formbestandteile des Blutes, Knochenmark, glatte Muskulatur, Nieren und Zentralnervensystem.

Krankheitsverlauf: Blei hat eine lumenale Wirkung. Meist entwölft sich aus einem mehr oder weniger langen Anfangsstadium das Höchstadium, doch kann die Erkrankung auch von vornherein mit schweren Geschehnissen einsetzen. Die gewerbliche Bleivergiftung (Bleierkrankheit) verläuft gewöhnlich chronisch.

Krankheitssymptome: 1. Anfangsstadium der Bleierkrankheit:

Müdigkeit, Kopfschmerz, Blässe, Appetitmangel, Verstopfung und andere Verdauungsbeschwerden, Abmagerung, Bleisauum*, Bleiklorot (fahle, etwas gelbliche Hautfarbe, bläugraue Verfärbung der Schleimhäute), leichte Gelbfärbung der Leberhaut der Augen, unter Umständen Herabsetzung des Hämoglobingehalts (also Anämie).

Auftreten von histophil geführten Erythrozyten (Röhrchenzellen) ohne sonstige wesentliche Veränderung des Blutbefundes**. Ganz vereinzelt Röhrchenzellen können sich bisweilen auch bei anscheinend ganz gesunden und nicht mit Blei in Verbindung gekommenen Personen finden. Vermehrt treten Röhrchenzellen zwar auch bei andern, insbes durch das schwere klinische Bild und den ausgeprägten Blutbefund leicht erkennbaren Krankheiten auf, wie bei Melkerkrankheit, Anämie, Leukämie, Krebsstörungen und Nitrobenzolvergiftung. Sind diese Krankheiten ausgeschlossen, so gilt nicht mehr als 1 Röhrchenzelle in 50 Gesichtsfeldern*** nach den Erfahrungen von P. Schmidt als beweisend für das Vorhandensein einer Bleiernung. Das auffällige Fehlen von Röhrchenzellen bei den doch mit Blei in Verbindung gewesenen Personen spricht mit größter Wahrscheinlichkeit gegen Bleivergiftung. Underso zeigen Röhrchenzellen im Blute von Bleiarbeitern oft schon frühzeitig die Bleiernung an, bevor es überhaupt zur Ausbildung irgendwelcher Krankheitsscheinungen gekommen ist.

Häufig Hämatoxylin im Harn.

2. Höchstadium der Bleierkrankheit (bisweilen ohne deutlich ausgeprägtes Vorstadium):

Kollapsfälle (vom Nabel noch allen Seiten austreibend, schwärzen oft rasch nach Ausscheiden der Bleiarbeit), dabei hartnäckige, meist drei bis vier Tage anhaltende Verstopfung und manchmal Blutdruckerhöhung und Albuminurie.

Bleiarthralgie, besonders in den unteren Gelenken.

Sensibilitätsstörungen.

Bleilähmungen, vorwiegend an den oberen Gelenken. Charakteristisch: Radikellähmung, beginnend meist an der Arthritshand (Schwäche bei der Ueberstreckung).

Encephalopathia saturnina (selten): heftiger Kopfschmerz, Ohrensausen, zentrale Schädigungen, Gehirnvenenatrophie, Krämpfe, Halluzinationen, Erregungszustände, Psychosen.

Erkrankungen des Gefäßsystems (Arteriosklerose).

Nierenerkranckungen mit konstanter Blutdrucksteigerung.

Anämie leichteren bis schweren Grades. Im mikroskopischen Blutbefund mehr oder weniger stark vermehrte Röhrchenzellen (siehe oben), daneben bisweilen auch lernhaftige rote Blutzörperchen mit oder ohne Röhrchen. Nach dem Ausscheiden der Bleiarbeit verschwinden die Röhrchenzellen in der Regel in einigen Wochen oder Monaten. Bei Bleierkrankten, die von der Bleiarbeit eine gewisse Zeit ferngehalten wurden, können also Zeichen von Bleierkrankheit, zum Beispiel Bleilähmungen, noch fortbestehen, ohne daß Röhrchenzellen noch im Blute nachgewiesen sind.

Allgemeiner Körperverfall (Bleiflachigkeit).

Bei Frauen manchmal Abort, Totgeburt, lebensschwache Kinder.

Bestellung der Bleierkrankheit: Beim Vorhandensein von ausgeprägter Bleiklorot, Bleilähmung oder Encephalopathia saturnina ist der Arzt ohne weiteres bestreitigt, den Patienten als Bleiterkrankt zu bezeichnen und als solchen in Statistiken zu führen, bei den übrigen vor erwähnten Krankheitsscheinungen aber nur dann, wenn nach den ärztlichen Feststellungen Nachweis geführter Erythrozyten — siehe unten — oder eines Bleisauums, Vorhandensein von Bleiklorot oder von Hämatoxylin im Harn ihr urtümlicher Zusammenhang mit Bleiaufnahme anzunehmen ist.

Geführte Erythrozyten, Bleisauum, Bleiklorot und Hämatoxylin im Harn kennzeichnen an sich den damit behafteten noch nicht als Bleiterkrankten, sondern nur als Bleiterträger.

Nicht annehmbar zur Bleiarbeit sind: Alle weiblichen und solche männlichen Arbeiter und Angestellte, welche bereits ernste Bleierkrankungen, zum Beispiel Bleilähmung, schwere oder wiederholte Anfälle von Bleiklorot durchgemacht haben, ferner schwächliche oder kränke Personen, insbesondere solche mit Lungentuberkulose, Nierenentzündung, Geschw. oder syphilitischen Erkrankungen und endlich Trinker.

Dauernder Ausschluß von Bleiarbeiten: Dauernder Ausschluß von Bleiarbeiten hat stattzufinden bei lebensgefährlichen oder mit dauerndem Stechum

* Bleisauum ist ein schmaler blaugrauer Streifen dicht am Rande des Zahnschlüssels als Zeichen der Unreinheit von Blei im Körper. Er besteht aus feinsten Bleipartikeln, die aus den Haarzügen der Mundhöhle hinein in das Gewebe der Umgebung übergetreten und durch den Schmelzwasserstoff des Mundes (mangelnde Zahnpflege!) in schwärzliches Bleisulfid verwandelt sind.

** Außer diesen Röhrchenzellen finden sich bei Bleierkrankten schon im Anfangsstadium häufig reichlich polychromatische Erythrozyten, manchmal ist auch eine Vermehrung der Leukozyten mit zahlreichen Übergangs- und atypischen Formen vorhanden.

*** Das Gesichtsfeld zu durchschnittlich 200 Erythrozyten gerechnet.

† Die Diagnose Bleiklorot und Encephalopathia saturnina ist zur Vermeidung von Irrtümern zweifellos erst nach einiger Zeit in die Statistik einzutragen.

drohenden Formen der Bleierkrankheit, also bei Encephalopathia saturnina, Bleitoxizität, chronischer Nierenentzündung (nicht bei Albuminurie allein), ferner bei Bleilähmung im Wiederholungsfalle sowie bei leichteren Bleierkrankungen, wenn sie bei der Bleiarbeit besonders fröhlich aufzutreten sind oder in kurzen Zwischenräumen, zumal mit zunehmender Schwere, sich wiederholen und dadurch das Vorhandensein einer besonderen Empfindlichkeit gegen Blei erkennen lassen. Außerdem, unabhängig davon, ob eine Bleierkrankung vorliegt oder nicht, wenn Lungentuberkulose oder Tbc festgestellt ist.

Zeitweiliger Ausschluß von Bleiarbeiten bei allen übrigen Bleiterkrankten, bis die Krankheitsscheinungen geschwunden sind, ferner gegebenenfalls auch bei Bleiterträgern (siehe oben), wenn das klinische Bild zusammen mit dem Blutbefund (besonders zahlreiche Röhrchenzellen) den baldigen Ausbruch einer Bleierkrankung befürchten läßt.

Anhang.

Leitung zu besondere Untersuchungsverfahren zur Feststellung von Bleierkrankungen.

1. **Hämoglobinbestimmungen.** Sie werden zweckmäßig mit der Taffquischen Hämoglobinstafel vorgenommen. Die Herabsetzung des Hämoglobins auf 80 vpt. oder weniger gilt als Zeichen der Anämie.

2. **Die Untersuchung des Blutes auf alkoholische Erythrozyten.** Ein durch Nabelstich (in das mit Alkohol oder Aether gereinigte Ohrloch) gewonnenes, beim Herabquellen gleich abgenommenes Blutropfchen wird zwischen zwei dünnen Deckgläsern (von 0,08 mm Stärke) oder besser zwischen zwei Objektträgern sehr ausgezogen. Nachdem das so erhaltene Ausstrichpräparat luftgetrocknet geworden ist, wird es in absolutem Alkohol etwa 10 bis 15 Minuten fixiert.

Die Färbung erfolgt entweder — nach Samel* —, indem das dem fixierenden Alkohol entnommene Präparat mit Wasser abgespült, hierauf in noch nassen Zustande wenige Sekunden lang mit mehreren Tropfen Löfflers Methylenblau** behandelt, wieder kurz in Wasser abgespült und dann getrocknet wird, oder — nach P. Schmidt —, indem das mit Alkohol fixierte Präparat 30 Sekunden mit Aquor II (Giemsa)-Lösung*** (0,08 g auf 100 Aqu. drst.) gefärbt, alsdann kurz mit Wasser abgespült und getrocknet wird.

Die mikroskopische Untersuchung der Präparate erfolgt mit $\frac{1}{10}$ Olimmersson bei voller Vergrößerung und stärkster Einstellung jedes Gesichtsfeldes mit der Mitrometer-Schraube. Im gut ausgeführten Präparat erscheinen die roten Blutzellen als unregelmäßig liegende blaugrüne runde Scheiben, die Kerne der weißen Blutzellen dagegen in kräftig blauer Farbe.

Zu verwerfen sind zu die abgezogene Blutpräparate, in denen die roten Blutzellen nicht nebeneinander, sondern aufeinander oder in Goldröhrenform liegen, ferner Präparate, in denen die Erythrozyten bereits Glashäppchenform zeigen, sowie zu stark oder zu schwach gefärbte Präparate; letztere sind sinnlich an den nicht kräftig genug gefärbten Venenzähnen erkennbar. Sind basophile Röhrchen vorhanden, so lassen sie sich in den blaugrünen Erythrozyten als feinst blaßschwarze, transparente Punkte oder das ganze Blutzörperchen einnehmende Pünktchen oder Splitter erkennen. In ausgesprochenen Fällen, zum Beispiel bei frischer Bleiklorot, findet man fast in jedem zweiten oder dritten Gesichtsfeld eine oder mehrere geführte Zellen. Als beweisend dafür, daß eine Bleiernung vorliegt, hat nach den Erfahrungen von P. Schmidt es zu gelten, wenn in 50 Gesichtsfeldern — das Gesichtsfeld zu durchschnittlich 200 Erythrozyten gerechnet — mehr als eine Röhrchenzelle gefunden wird.

3. **Blutdruckmessungen.** Sie werden mit dem Apparat von Riva-Rocci unter Verwendung der Manschette nach v. Weddinghausen vorgenommen. 150 mm Quecksilber-Blutdruck zeigen eine deutliche Steigerung an.

4. **Untersuchung des Harns auf Hämatoxylin.** Sie erfolgt zweckmäßig nach dem Verfahren von Garrod.

Zu 500 ccm Harn (etwa gleichlich des Morgenharns) sind 100 ccm 10prozentige Natronlauge zu sezen. Fallen die Phosphate rotlich bis rotviolett zu Boden, so ist Hämatoxylin mit großer Wahrscheinlichkeit reichlich vorhanden, vorausgesetzt, daß die Guajat-Blutprobe negativ ausfällt. Die Phosphate läßt man dann in einem hohen Bläser sich vollständig abscheiden, zieht den klaren Harn ab, füllt mit Wasser auf und läßt nochmals behutsam Entfernung des Alalis absieben. Das Sediment wird auf Bleipapier filtrirt und möglichst getrocknet (es ist hierzu mindestens einen halben Tag lang bei Zimmertemperatur zu halten); hierauf wird es in einer Reibeschale mit 5 vpt. Salzsäure enthaltendem absolutem Alkohol allmählich gelöst, einige Stunden stehengelassen und alsdann durch ein Bleipapierfilter filtrirt; das Filter wird mit salzaurem Alkohol so lange ausgewaschen, bis das Filtrat 10 ccm an Menge beträgt.

Das klare Filtrat ist sodann im Spektroskop zu untersuchen, zum Beispiel im gradierten Taschenpektroskop; sind Absorptionsstreifen im Orange und besonders im Grün sichtbar, so ist Hämatoxylin vorhanden. Es ist hierauf mit 2 vpt. Salzsäure enthaltendem Alkohol zu verdünnen, bis die Streifen im Spektroskop verschwinden. Die zur Verdünnung erforderlich gewesene Menge hat man zu vermessen. Ist der Streifen im Grün noch bei Verdünnungen von 1 : mehr als 50 (das heißt 10 ccm

* Samel. "Deutsches Archiv für Klinische Medizin", Band 67, 1900. Seite 357.

** Frische, zum Beispiel mit Methylenblau medicinale purissimum Grübler nach der Vorschrift des "Deutschen Arzneibuches", 5. Ausgabe (Seite 602), hergestellte Löfflersche Lösungen färben fast augenblicklich in längstens 5 Sekunden. Keine oder nicht verschlossen gehaltene Lösungen hängen an Farbe stark an. Das frisch gefärbte Präparat soll, nach dem Trocknen über weißes Papier gehalten, hellgrün erscheinen; zu blau gefärbte Präparate können leicht auf die gleiche Weise nachgefärbt werden.

*** Zu beziehen von Dr. Grübler in Leipzig.

ursprüngliches Filtrat \rightarrow 40 ccm salzsaurer Alkalialkohol erhalten geblieben, so ist Bleiernung anzunehmen. Spektroskopie soll immer in denselben, mindestens 5 cm langen Glaslammetten vorgenommen werden.

* Exemplare dieses Werbblattes sind zu nachstehenden Preisen zu beziehen: Einzel 25,-, 100 Exemplare 11,-, 1000 Exemplare 112,-. Verlag von Julius Springer in Berlin W.

Jahresbericht des 4. Bezirks.

Die Geschäftslage war bis zur Demobilisierung gut zu nennen. In fast allen Orten konnten die benötigten Arbeitskräfte nicht nur für das direkte Malergerübe, sondern auch für die Fabrikbetriebe nicht beschafft werden, so daß viele Abkommandierte zur Arbeitsleistung herangezogen werden mußten. Diese Annahme belädt die monatlichen Berichte über die Zahl der Arbeitslose, in denen aus allen Orten berichtet wurde, daß arbeitslose Kollegen nicht vorhanden waren. Dies Bild änderte sich allerdings nach der Demobilisierung. Die mit Heeresausträgen versehenen Fabriken konnten nicht nur keine neuen Arbeitskräfte einstellen, sondern mußten vielfach zu Entlassungen schreiten, wodurch das Heer der Arbeitslosen vermehrt wurde. Ein Teil der vom Heeresdienst Entlassenen konnte beim Sicherheitsdienst untergebracht werden, der andere Teil mußte die staatlich-kommunale Arbeitslosenfürsorge in Anspruch nehmen. Beim Jahresabschluß war noch keine Aussicht vorhanden, daß die Arbeitsgelegenheit im Berufe eine Besserung erfahren werde.

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder konnte naturgemäß nicht so betrieben werden, wie in der Friedenszeit; wenngleich auch genug Agitationsstoff vorhanden war, um die in den Rüstungsbetrieben zahlreich arbeitenden unorganisierten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Wenn es auch nicht gelungen ist, die Mehrzahl der in diesen Betrieben, wie Krupp, Essen, Rheinische Metallwerke, Düsseldorf, Union, Dortmund, Bayer & Co., Leverkusen, und in den Waggonfabriken in Köln, Düsseldorf, Werdingen, Hagen und Witten zu organisieren, so haben wir doch viele neue Mitglieder gewonnen und die Saat zur Organisation gesät, die nach der Revolution gute Früchte getragen hat. Die Agitation wurde durch die vielen Kleinstmeister, die dort Beschäftigung gefunden hatten, wesentlich verschwert. Auch in den großen Malerbetrieben, die vornehmlich Heeresausträge ausführten, konnte mit Erfolg agitiert werden. In den ersten drei Quartalen war es möglich, 840 neue Mitglieder zu gewinnen, und 88 vom Heeresdienst Entlassene oder Beurlaubte der Organisation zugeschlagen. Im 4. Quartal wurden 1900 neue Mitglieder aufgenommen und 589 vom Heeresdienst entlassene Mitglieder meldeten sich wieder zurück.

Bis zur Demobilisierung war es trotz der anhaltenden Einberufungen möglich, die Mitgliederzahl des Vorjahrs zu halten. Nach der Demobilisierung trat eine rasche Vorrücksentwicklung ein, an der alle Filialen beteiligt sind. Auch konnten eine Reihe während des Krieges verworfene Filialen wieder errichtet werden. Die Mitgliederzahl betrug 1918 am Jahresabschluß 4208, im ersten Kriegsjahr 1914, sie sank dann bis Ende 1915 auf 488, im folgenden Jahr auf 854. Hierauf stieg sie 1917 auf 678, um bis Ende 1918 wieder auf 2288 hinaufzugehen.

Die Gesamtzahl der neu aufgenommenen Mitglieder betrug 1430, darunter 4 weibliche. Vom Militär zurück meldeten sich 598 Mitglieder, zugereist sind 16, und aus andern Organisationen traten 17 Mitglieder über. Von den 2288 Mitgliedern sind am Jahresabschluß 8 weibliche vorhanden. Von den 2542 zum Heeresdienst abgemeldeten Mitgliedern hatten sich am Jahresabschluß 751 zurück gemeldet. Die bis zum Jahresabschluß als Opfer des Weltkrieges gemeldete Zahl der Mitglieder beträgt 171. Weider muß aber mit Bestimmtheit angesehen werden, daß die Zahl der Opfer weit größer ist, weil wir im Bezirk viele zugereiste Kollegen hatten, mit denen wir nicht in Verbindung standen und uns auch die Heimatadresse unbekannt war, um Nachforschungen anstellen zu können.

Der vom Vorstand und vom Beirat beschlossenen Beitragserhöhung wurde in allen Filialen zugestimmt und am 1. April glatt durchgeführt. Die Beiträge sind um 20 und 15 % pro Woche erhöht. Abstritte wegen dieser Beitragserhöhung sind aus keiner Filiale gemeldet. In einigen Filialen, wie Köln und Oberfeld, ging die Versammlung bei Feststellung des Beitrages über den Vorschlag des Vorstandes hinaus, was ein Beweis dafür ist, daß in den Mitgliedskreisen eingesehen wurde, daß mit den Beiträgen die erhöhten Ausgaben nicht bestritten werden konnten.

Zu der am 7. Februar im Reichsamt des Innern zu Berlin anberaumten Verhandlung über die Verlängerung des Reichstarif's und Gewährung einer weiteren Teuerungszulage war der Westdeutsche Malermeister-Berband nicht erschienen. Die Teilnahme an dieser Verhandlung wurde zwar nicht abgelehnt, aber um Verlängerung gebeten, der aber nicht stattgegeben werden konnte, da die Vertreter des übrigen Deutschlands erschienen waren. Es mußte deshalb mit dem Westdeutschen Malermeister-Berband wieder extra verhandelt werden. Diese Verhandlung fand am 16. Februar in Düsseldorf statt und endete mit der Annahme der in Berlin getroffenen Vereinbarung. Der Tarif wurde also bis zum 15. Februar 1919 verlängert und eine Teuerungszulage von 20 % pro Stunde in Städten mit über 100 000 Einwohnern und 15 % in den übrigen Städten bewilligt.

Da die Steigerung aller Bedarfsgegenstände weiter anhielt, mußte später von neuem um Gewährung einer weiteren Teuerungszulage nachgefragt werden, wozu wieder das Reichswirtschaftsamt in Berlin die Vermittlung übernahm. Der Westdeutsche Malermeister-Berband erkannte die Notlage unserer Kollegen an und bewilligte laut Beschuß seines Bandstages, ohne die Berliner Verhandlungen abzuwarten, ab 1. November eine weitere freiwillige Teuerungszulage von 15 % für die Stunde. Nach den vorgenommenen Feststellungen wurden die beiden Teuerungszulagen überall gezahlt. Wenn einige Arbeitgeber, wie dies zum Beispiel in Aachen der Fall gewesen ist, die Zulage nicht voll gewährt, so lag die Schuld an den Gehilfen, weil sie nicht organisiert waren und deshalb nicht unterrichtet werden konnten. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der Arbeitgeber, die

nicht Mitglied der Arbeitgeberorganisation sind, erst durch unsere Aufforderung sich zur Zahlung bereit erklären.

Auf Durchführung der Frühjahrsgulage respektive zur Auslegung des § 8 der allgemeinen Vereinbarung musste in einem bestimmten Falle der Schlichtungsausschuss angerufen werden. Bei § 8 lautet: „Auf die vom 15. März 1918 zu zahlende Tenerungszulage von 10 ₣ oder 15 ₣ werden Sonderzulagen infowohl angerechnet, als sie seit dem 1. Oktober 1917 verhängt sind.“

Da diese Bestimmung der Vereinbarung im Baugewerbe entnommen ist, wollte der Arbeitgeber die gewährte Sonderzulage, die über ₣ 14 die Woche beträgt, in Abzug bringen. Da die Zulage pro Tag ₣ 3,50 und pro Woche ₣ 21 betrug, glaubte er, ₣ 7 pro Woche aufzurichten zu können, und er hätte dann noch ₣ 3 ₣ die Stunde zu zahlen.

Der Schlichtungsausschuss entschied nach den vorliegenden Gutachten des Herrn Kruse, Berlin, und Kollegen Streiter, Hamburg, daß die Abrechnung für Mittagesse, Fahrgeleb und Auslösung auf die vom 15. März an zu zahlende Tenerungszulage nicht gerecht sei. Der Arbeitgeber entsprach diesem Einspruch und zahlte den fehlenden Betrag ab 15. März nach.

Zu folge Gehaltsmangels und Erhöhung der Verdienste wurde in Köln fast durchweg auf Antrag der Gehilfen 10 Stunden gearbeitet, ohne daß diese Zeit als Überstunde bezahlt wurde. Auf Beschluss einer Gehilfenversammlung wurde beantragt, die zehnte Stunde als Überstunde auch dann zu bezahlen, wenn die Gehilfen aus freien Stücken 10 Stunden arbeiten. Eine Einigungsversammlung gab diesem Antrag statt und beschloß, in Zukunft auch den Gehilfen, welche freiwillig eine halbe Stunde und mehr überarbeiten, einen Aufschlag von 25 v. H. zu gewähren.

In Bewegungen ihr die Lackerer und in Fabriken beschäftigten Kollegen wurden in der Mehrzahl mit den übrigen Gewerkschaften gemeinsam geführt und wiederholten sich in der Regel zwei- bis dreimal im Berichtsjahr.

In den Waggonfabriken Van der Zypen & Charlier in Köln-Duisburg fand eine Verdiensterhöhung im Durchschnitt von ₣ 12 pro Woche, bei Linke-Hoffmann vom. Herbrandt & Co. in Köln-Ehrenfeld durchschnittlich von ₣ 11 pro Woche, in der Waggonfabrik in Düsseldorf von durchschnittlich ₣ 19, und in der Waggonfabrik Herdingen im Durchschnitt von ₣ 8 pro Woche statt.

Die Flugmaschinen-AEG-Gesellschaft m. b. H. in Köln zahlte noch Löhne von 80 ₣ bis ₣ 1 pro Stunde. Da alle Kollegen reklamiert waren, hatte keiner den Mut, selbst vorzugehen. Nachdem sich die Kollegen organisiert hatten, gelang es mit Hilfe der Organisation und des Schlichtungsausschusses, die Löhne um 20 ₣ pro Stunde zu erhöhen.

Nach einer wirksamen Agitation erhöhte die Direktion des Carlswerks in Köln-Mülheim freiwillig die Löhne pro Woche um ₣ 13,50 im Durchschnitt. Nach der Revolution wurde sofort der Achtfundtag eingeführt und die Löhne wurden umgerechnet, was im Durchschnitt ₣ 1,65 für die Stunde ergab. Mit diesem Lohn erklärten sich die Kollegen nicht zufrieden; es gelang, den Lohn auf ₣ 2 pro Stunde festzusetzen.

Die Warenhandelsrichtungsfirma Gebr. Schönfeld, Düsseldorf, bewilligte eine weitere Tenerungszulage von 20 ₣ die Stunde.

Die rheinisch-westfälische Holzindustrie G. m. b. H. in Dortmund zahlte den Kollegen dieselbe Tenerungszulage wie die Privatmeister, die 25 ₣ die Stunde betrug.

In den Möbelfabriken in Herford wurden unsern Kollegen dieselben Tenerungszulagen wie die der Holzarbeiter gezahlt, in Höhe von 18 ₣ die Stunde für die Kollegen und 10 ₣ für die Kolleginnen.

Die Möbelfabriken in Melle bewilligten unsern Kollegen ebenfalls die mit den Holzarbeitern vereinbarte Tenerungszulage: pro Stunde 20 ₣.

Die gefesteten Lohnforderungen bei der Firma Krupp in Essen hatten zur Folge, daß eine Reihe Missstände beseitigt und durch die Auszahlung des wirtschaftlich verdienten Altkredit-

überschusses eine wesentliche Verdiensterhöhung erzielt wurde. Diese Erfolge könnten bedeutend größer sein, wenn die Organisation eine bessere gewesen wäre.

Gemeinsam mit den übrigen Bauarbeiterorganisationen unterbreiteten wir den Fabrikarbeiten vorwärts Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen bei Köln neue Forderungen. Die Firma antwortete, daß Forderungen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, nur mit dem Arbeiterausschuss nach dessen Geschäftsausordnung verhandelt werden können. Die Verhandlung mit dem Arbeiterausschuss hatte sich in die Länge gezogen und wurde bei Eintritt der Revolution gegenstandslos, da auch diese Firma sich der Neuzzeit entsprechend stellte.

Bis zur Demobilisierung hatte der Unterzeichnete auch im Berichtsjahr die Hotel- und Kassengeschäfte in Köln, Düsseldorf, Oberfeld, Hagen, Bochum und Grefeld zu führen, wodurch seine Arbeitszeit stark in Anspruch genommen wurde. Nach der Demobilisierung ist dadurch eine Entlastung eingetreten, daß in Köln, Essen und Düsseldorf die Geschäfte wieder von den ehemaligen Angestellten geführt werden. Auch sind die Kassengeschäfte in Hagen, Bochum und Grefeld den wieder vollständig zusammengesetzten Verwaltungen übertragen.

Die Wahrnehmung der Geschäfte in Düsseldorf, Oberfeld, Bochum, Hagen und Grefeld erfolgte an 58 Tagen. Versammlungen wurden 51, Sitzungen und Besprechungen 45 abgehalten. Kassenrevisionen wurden 9 vorgenommen, und an 8 Tagen wurde mit Unternehmen verhandelt. An 7 Sonntagen wurde Haushaltung betrieben. Ferner fanden unter anderem 20 Sitzungen statt, die dem Allgemeininteresse dienten.

Hiermit ist den Mitgliedern in gedrängter Form der Tätigkeitsbericht vom letzten Kriegsjahr gegeben, und es wird daran die Hoffnung gehaft, daß auch die Kollegen, die sich noch in Gefangenenschaft befinden, recht bald wieder gefest eingefangen werden. An uns liegt es nun, die neue Zeit im Interesse der Kollegenschaft auszunutzen, daß kann geschehen, wenn auch noch der letzte Kollege der Organisation zugeführt wird; indgen alle Mitglieder dafür sorgen, daß dies geschieht.

Köln.

Otto Buchelt.

Aus unserem Beruf.

Frankfurt. Die am 2. Juni tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Filiale nahm Stellung zur Wahl eines zweiten Angestellten. Die Verwaltung schlug der Versammlung vor, den zur engeren Wahl stehenden Kollegen Ruth, Frankfurt a. M., und Jezschmann, Bielesfeld, ein kurzes Referat entgegenzunehmen und dann zur Wahl zu schreiten.

Als erster Redner sprach Kollege Ruth über die Bedeutung der Gewerkschaften und die Tätigkeit eines Hilfsangestellten. Er gab einen Rückblick über den Aufbau für die Tätigkeit der Gewerkschaften und die von ihnen in der Zukunft zu erfüllenden Aufgaben. Er schluß mit einem Appell zur Einigkeit innerhalb derselben. Kollege Jezschmann betonte einleitend, daß er nur einige Streiflichter aus der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und unserm Verband im besondern bringen will. Er erörterte eine Reihe Vorlommisse seit der Revolution und verbreitete sich dann über einige Anträge zur Verbandsversammlung. Zum Schluß trat er für das alte Vertrauensverhältnis zwischen Kollegen und Angestellten ein. Nachdem Kollege Burlhardt der Meinung Ausdruck gegeben hatte, daß die ganzen Fragen, ohne die Politik zu berühren, nicht zu diskutieren seien, und Kollege Schätziger für Kollege Ruth eingetreten ist, wird gewählt. Abgegeben wurden 78 Stimmen, davon für Kollege Ruth 47, Kollege Jezschmann 17, weiße 7 und ungültig 2, somit ist Kollege Ruth gewählt. Neben den zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zum Bauarbeitergeschäft und Wahl einer Bauarbeiterkommission, referierte Kollege Oskar Müller, der die Wichtigkeit dieser Einrichtung, die durch den

Krieg leider etwas vernachlässigt worden sei, besonders heraushebt. Nach kurzer Diskussion werden die Kollegen Ruth, Koch, Burlhardt und Weber in die Kommission gewählt.

Hannover. Mitgliederversammlung am 6. Juni. Kollege Buch erstattete den Bericht über die Verhandlungen vom 2. Juni in Berlin, betreffend weitere örtliche Teverungszulage. Redner schilderte den Verlauf der Verhandlungen, deren schließlich Ergebnis ein Vorschlag des Vorstandes, Landgerichtsrat Wulff, war. Ihm Hannover empfahl, dasselbe einen Lohn von ₣ 2,50 für Gehilfen über 20 Jahre, ₣ 2,40 unter 20 Jahre, für Vorläufer ₣ 2,35 beziehungsweise ₣ 2,30. In das Lohngebiet Groß-Hamburg sollen mittelnahmwerden die Orte Bergedorf, Altona und Eimsbüttel und die Alsterdorfgemeinden. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Lohnsätze wurde der 1. Juli bestimmt. Der Vorschlag unterliegt jedoch noch der Zustimmung der örtlichen Organisationen. Redner erwähnt die Annahme dieses Vorschlags, betonend, daß allerdings den teuren Lebensunterhaltskosten gegenüber auch dieser kleinen Ausgleich bringend könnte. Ein solcher sei erst möglich durch die Senkung der Preise der notwendigen Bedarfsmaren. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung dem Ergebnis der Verhandlungen zu. Da die Arbeitgeber in ihrer Versammlung vom 11. Juni demselben gleichfalls zustimmten, geltet für das Lohngebiet Groß-Hamburg ab 1. Juli obige Lohnsätze. Eine längere Bezeichnung fand ein Antrag Wulffs, der Verhandlungen mit den Unternehmen forderte zur Einführung eines sechs- oder fünfjährigen Arbeitsstages. Der aussallende Lohn sei durch das Arbeitamt zu begleichen. Anwoh der Maßnahme sollte eine Verringerung der Arbeitslosigkeit sein. Die Durchführbarkeit derselben, sowie der beabsichtigte Erfolg wurden allgemein bejaht. Der Antrag wurde abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag, der die Verantragung der Versammlungen wie im "Hamburger Echo" auch in der "Hamburger Volkszeitung" fordert. Einstimmige Annahme fand ein Protest gegen die in München erfolgte Erschließung Gewindes.

Sterbetafel.

Berlin. Am 1. Juni starb der Kollege Robert Dieck, geboren am 10. Februar 1869 in Magdeburg. Es starben die Mitglieder Heinrich Möhl, 88 Jahre alt, am 11. Mai; Max Parow, 77 Jahre alt, am 26. Mai.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstteil.

Vorankündigung.

Das Mitglied Josef Gräßl aus Röhrbach in Oberschlesien ist nach Unterschlagung einer größeren Summe höchstig geworden.

Es wird vor dem Kollegen gewarnt und ersucht, dem Vorstand den Aufenthaltsort Gräßls mitzuteilen.

Der Verbandsvorstand.

Vom 29. Juni bis 5. Juli ist die 27. Beitragswoche.

Nr. 24 des "Correspondenzblattes" liegt heute bei.

Das Malergewerbe.

Die Berufs- und sozialen Verhältnisse, Gesundheitsgesetze und der Gesundheitsschutz der Arbeiter des Malergewerbes.

Aus Anlaß der internationalen Bauschau in Leipzig 1913 wurde obiges Thema vom Vorstande des Verbandes behandelt und in Broschürenform herausgegeben.

Selbstverlag des Verbandes. Ladenpreis der Broschüre ₣ 2. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.

Bekämpfung der Bleivergiftung im Maler- u. Lackierergewerbe

Erhältlich im Selbstverlag des Verbandes. Ladenpreis der Broschüre ₣ 2. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.

Gesucht

tüchtiger Hohlmaler

für ständige Arbeit (Vorgänger war 19 Jahre in seiner Stellung).

Heinr. Scheithauer, Malermstr., Lübeck, Dankwartsgrube 12, Gebraut 664.

Streichbürsten Binsel aller Art

in Preisensqualität zu billigen Preisen.

H.W. Witte, Berlin NO 18, Elbinger Straße 84.

Fußbödenlack

Preisensqualität, 1 kg ₣ 20,50

Emaillenlack

weiß, Preisensqualität, 1 kg ₣ 24

Emaillenlack

weiß, nicht nachgeldend, 1 kg ₣ 25

Probeflaschen von 2½ kg an.

Gustav Scholz, Renkólln,

Herrbergstr. 19.



Pinsel&fabrik Stern Gebrüder Stern, Nürnberg

Teigr.-Adr.: Stern, Nürnberg. — Fernspr. 3234.

Alle Sorten Borst- u. Haarpinsel

SPEZIALITÄT:

- Ia Qual. Ringpinsel
- Ia Qual. Deckenbürsten
- Ia Qual. Kluppenpinsel

Von Ringpinseln und Deckenbürsten haben wir zurzeit sofort greifbares Lager.

Mustersendungen stehen zu Diensten. Nichtpassendes wird zurückgenommen.

Neue, uns unbekannte Besteller bitten wir um Aufgabe von Referenzen, oder Nachnahmesendung zu gestatten.

Delffarbe weiß

Delfweiss angerieben

Diamantweiss

Zinkweiss

Lithopone

Deckweiss

Emaillenlack weiß

Zifikativ schnell trockend nicht liebend

Möbel-, Copal-, Spiritus-,

Fußbodenlack, R. Farben,

Terpentin, Glasfett,

Braune Leinölfarbe (Friedensware)

Tapeten- und

Malerlein

(ohne Bezugsfachh.) alte Farben

liefern in besserer Güte günstig

E. Schuster, Bautzen.